

GEMEINSAM GEGEN GEWALT

Weiter Hoffnung auf zweites Frauenhaus

Es hätte so schön sein können: Ein Haus in Ludwigsburg ist reserviert, der Bund investiert Millionen in Hilfe für Frauen, und Ludwigsburg bekommt endlich ein zweites Frauenhaus. Aber nein, der Antrag ging im Bürokratiedschungel unter, und jetzt geht die Zeit aus. Frauen für Frauen spricht von Hinhaltenaktik.

VON JANNA WERNER

„Das ist ein Schlag ins Gesicht.“ Arezoo Shoaleh gehört nicht zu den Aufbrausenden. Doch wie der Bund mit dem Verein Frauen für Frauen umgehe, sagt die pädagogische Leiterin, „ist unfassbar“. Worum geht es? Ein Jahr ist seit dem Antrag vergangen, in dem der Verein den Bund um 3,4 Millionen Euro Förderung bittet – für ein zweites Frauenhaus in Ludwigsburg mit fünf bis sechs Appartements und Platz für bis zu 15 Frauen und ihre Kinder. 120 Millionen Euro als Förder-summe hat der Bund mit dem Programm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ von 2022 bis Ende 2024 ausgerufen. In Ludwigsburg geht es um 3,8 Millionen Euro Kosten für die Kernsanierung eines reservierten Hauses, 90 Prozent sollen vom Bund kommen, zehn Prozent vom Land. Passiert ist seitdem – nichts.

Bis auf Gespräche im Frühjahr und zuletzt zwei Schreiben, die sich auf zwei Kernaussagen reduzieren ließen: Vielleicht wäre es besser, sie würden den Antrag ruhen lassen, ansonsten bitte man innerhalb zweier Tage um neue Zahlen (was mittlerweile passiert ist). Die andere Mail kam zwei Tage später am 21. April und stand schon am 12. April auf der Webseite des Bundesfamilienministeriums: „Aufnahmestopp neuer Vorhaben in das Bundesinvestitionsprogramm ‚Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen‘.“

Was bedeutet das für Ludwigsburg? „Das Vorhaben in Ludwigsburg befindet sich weiter im Verfahren“, sagt eine Sprecherin des Bundesministeriums auf Anfrage unserer Zeitung. Der Stopp betreffe „ausschließlich neue Förderinteressen“. Der Bedarf sei hoch, seit Start 2022 „wurden 56 Projekte bewilligt, 16 Projekte sind fertiggestellt“, weitere folgten.

Die lange Verzögerung erklärt auf unsere Anfrage die zuständige Bundesservice-stelle: 2022 habe der Bundestag die Mittel für 2023 um zehn Millionen gekürzt, weil er wenig Bedarf sah. „Daher



Ausgeliefert: 2022 wurden laut BKA bundesweit 115 000 Frauen Opfer von häuslicher Gewalt, das sind allerdings nur die angezeigten Fälle. Nach Schätzungen ist jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen.

Foto: Maurizio Gambarini/dpa

konnte die Bundesservice-stelle vorübergehend keine neuen Projekte im Programm bewilligen.“ Dann kam die Welle der Anträge, man habe abgewartet, weil nicht feststand, wie viel Geld zu vergeben war. „Davon war auch das Vorhaben in Ludwigsburg betroffen.“

Aus Baden-Württemberg, weiß Arezoo Shoaleh, seien die meisten Anfragen gekommen. „Das Bundesland ist am schlechtesten aufgestellt.“ Dass in Ludwigsburg Bedarf besteht, ist unbestritten: Das Frauenhaus Ludwigsburg hat derzeit 19 Plätze an drei Standorten – für den gesamten Kreis mit rund 550 000 Einwohnern. Die 2018 von der Bundesregierung ratifizierte Istanbul-Konvention, mit der sich alle unterzeichnenden Staaten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt verpflichtet haben, sieht einen Platz pro 10 000 Einwohner vor. 55 Plätze müssten es also sein. Das kann man mit Shoaleh auch defizitär formulieren: „Wir müssen jeden Tag Frauen abweisen.“

Nicht umsonst hätten Oberbürgermeister Matthias Knecht, der Kreis und

auch das Land den Vorstoß unterstützt. Laut Shoaleh hat das Land Ludwigsburg auf Priorität 1 gesetzt. Dass der Bund sich jedoch fast ein Jahr nicht einmal zu einer Stellungnahme durchringen konnte, hat fatale Folgen. Denn mittlerweile geht man in Berlin offenbar davon aus, dass das Vorhaben nicht mehr in der Laufzeit bis Ende 2024 fertig ist. Mehr noch: Die Bundesservice-stelle schlägt vor, beim Land nach einer Finanzierung für das Projekt zu suchen, das wohl nicht bis Ende 2024 fertiggestellt werde. So werde „in Absprache mit dem Land geprüft, ob sich die Umsetzung noch ermöglichen lässt“.

Der Abgang kommt zu früh, sagt dagegen Arezoo Shoaleh. Käme der Bescheid bis Ende Juli, könne das Projekt noch bis Ende 2024 fertiggestellt werden. Derzeit laufen Gespräche mit dem Eigentümer, die Reservierung des Gebäudes zu verlängern. Erst lasse der Bund sich ein Jahr Zeit, kommentiert Shoaleh, um dann zu sagen, jetzt sei es ja zu spät. „Das ist reine Hinhaltenaktik“, sagt sie, „der Bund will angesichts der Flut von Anträgen auf

Zeit spielen.“ Dabei stehe die Zusage des Landes, zehn Prozent der Kosten von insgesamt 3,8 Millionen Euro zu übernehmen. „Dieses Vorgehen ist skandalös.“

Auf das Land auszuweichen, ist für Arezoo Shoaleh keine Alternative. Vom Land kämen maximal 50 Prozent, also 1,9 Millionen Euro. „Wo kriegen wir den Rest her?“ Bei Land und Bund parallel Förderung zu beantragen, sei nicht erlaubt, „damit wäre das Projekt gestorben“.

Die SPD im Kreistag hatte angesichts „der Hängepartie mit den Fördermitteln“ den Landkreis aufgefordert, zu helfen. Shoaleh freut sich über die Unterstützung, die Hebel jedoch müssten im Bund angesetzt werden. Mit harscher Kritik haben aktuell die CDU-Bundestagsabgeordneten Steffen Bilger (Ludwigsburg) und Marc Biadacz (Böblingen) reagiert. Denn auch im Kreis Böblingen ist ein neues Frauenschutzhaus geplant, der Antrag liegt sogar zwei Jahre zurück.

Bilger und Biadacz: Der Bund habe „die Anträge zu lange liegen lassen“. Allein in Baden-Württemberg befänden sich acht Frauenhaus-Projekte in gleicher Lage wie

KOMMENTAR

Es ist Zeit. Gebt den Frauen, was ihnen zusteht

VON JANNA WERNER

Eigentlich verschlägt es einem die Sprache bei dem, was dem Verein Frauen für Frauen widerfährt, aber so viel Luft ist doch noch übrig: Es ist ein Skandal, wie der Bund mit den Antragstellerinnen umgeht, die nur eines wollen: die Istanbul-Konvention, die der Bund wie eine Monstranz vor sich herträgt, mit Leben zu füllen und Frauen den dringend nötigen Schutz zu gewähren. Kein Frauenhaus hat je Plätze frei. „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“? Wohl eher ein vollmundig angekündigtes Programm, das die Frauenberatungsstellen an der Basis mal wieder zu bettelnden Einzelkämpferinnen degradiert.

Der eigentliche Skandal ist allerdings ein ganz anderer. Wieso müssen engagierte, kompetente Frauen überhaupt Spenden sammeln, mühsam Gelder beantragen und auf Förderprogramme zugreifen – um dann zu scheitern? Wieso ist die Hilfe für Frauen freiwillig und nicht längst institutionalisiert mit festem Etat?

Die Geschichte der Frauenhäuser ist die Geschichte der Frauen. Es wird Zeit, das zu ändern: Anspruch statt Abhängigkeit. Taten statt Worte. Ludwigsburg stünde es gut an, Verantwortung zu übernehmen, um dann Kreis wie Land (monetär) mitzunehmen. Das wäre mal eine Spende: Sollten sich bei all den Neubau-Vorzeigeprojekten der Wohnungsbau nicht ein paar renditearme Wohnungen finden lassen? Schön wär's. Nötig ist es.



JANNA WERNER
janna.werner@lkz.de

Ludwigsburg. Bilger war daran beteiligt, dass im März überhaupt Gespräche mit Frauen für Frauen stattfanden und Bewegung in die Sache kam, auch die Grünen-Abgeordnete Sandra Detzer schaltete sich ein. Mit dem neuen Frauenhaus hatte Frauen für Frauen eine neue Konzeption geplant – statt im Versteck wie bei den akut gefährdeten Fällen geht es um eine offene Variante.

Arezoo Shoaleh: „Wir brauchen auch modernere Formen.“ Momentan jedoch steckt der Verein Frauen für Frauen alle Energie in den Versuch, das zweite Frauenhaus doch noch zu retten.

Gibt es Chancen für Windräder?

Aktuelle Untersuchungen zur Windkraft bringen keine neuen Ergebnisse für Ludwigsburg. Trotzdem gibt es Hoffnung.

VON CHRISTIAN WALF

Im Windatlas des Landes ist das Ludwigsburger Stadtgebiet in wüstenartigen Gelbtönen dargestellt. Gelb heißt in diesem Fall, dass der Wind viel zu schwach weht. Zumindest zu schwach, um ein Windrad aufzustellen, das am Ende wirtschaftlich Strom produziert.

Dass es in Ludwigsburg zu wenig Wind gibt, ist schon seit langem bekannt. Bereits 2012 haben die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim eine Windkraftstudie in Auftrag gegeben. Die hat damals aber auch kein anderes Ergebnis erbracht als heute der Windatlas des Landes.

Allerdings werden die Anlagen immer besser. Seit einigen Jahren gibt es sogenannte Klein-



Das Ingersheimer Windrad. Archiv: LKZ

windkraftanlagen (kleine Windräder). Doch nicht einmal die können in Ludwigsburg wirtschaftlich betrieben werden, hat eine Untersuchung der Stadtwerke ergeben.

Auch eine Überprüfung der Windkraftstudie von 2012 im

vergangenen Jahr hat bestätigt, „dass die in Ludwigsburg vorherrschenden Windverhältnisse nicht ausreichen, um solche Anlagen wirtschaftlich zu betreiben“, so die Stadtwerke.

Trotzdem hat man in Ludwigsburg die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben: „Zu den neu auf dem Markt eingeführten Mini-Windkraftanlagen, die sich gerade in den ersten Testphasen befinden, liegen aktuell noch nicht ausreichend Informationen vor, um diese für die Stadtwerke adäquat bewerten zu können.“ Daher will man die Entwicklungen weiter beobachten. Sobald es Fortschritte bei den Anlagen gibt, wollen die Stadtwerke deren Wirtschaftlichkeit auf Ludwigsburger Gemarkung erneut überprüfen.

Nicht ganz so pessimistisch sind übrigens die Prognosen für Kornwestheim. Dort gibt es – zumindest potenziell – Standorte, an denen künftig Windenergie in das Stromnetz der Stadtwerke eingespeist werden könnte.

POLIZEIREPORT

OSTSTADT

Auto mit ätzender Flüssigkeit übergossen

Unbekannte haben am Montag zwischen 9 und 12 Uhr einen in der Wettgasse geparkten VW mit einer ätzenden Flüssigkeit übergossen. Dabei entstand am Lack ein Schaden von rund 1700 Euro. Zeugen melden sich beim Polizeiposten Oststadt, Telefon (0 71 41) 2992 00. (red)

EGLOSHEIM

Fahrerflucht mit 10 000 Euro Schaden

Ein bislang Unbekannter hat am Montag zwischen 8 und 14.45 Uhr einen in der Bönningheimer Straße geparkten Mercedes beschädigt. Vermutlich beim Rangieren entstand ein Schaden von rund 10 000 Euro. Ohne sich darum zu kümmern, fuhr der Unbekannte davon.

Zeugen melden sich bei der Polizei, Telefon (0 71 41) 18 53 53 oder per E-Mail an: ludwigsburg.prev@polizei.bwl.de. (red)

Drogen im Rucksack: 34-Jähriger festgenommen

Ein 34-Jähriger war am Freitag mit seinem Fahrrad unterwegs. Doch was er in seinem Rucksack hatte, wurde ihm zum Verhängnis. Die Polizei hatte den Ludwigsburger schon lange im Visier, er wurde verdächtigt, unerlaubt mit Drogen zu handeln. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, kamen die Ermittler ihm Ende vergangener Woche auf die Spur.

Zwei Polizistinnen wollten am Freitag gegen 18 Uhr seine Wohnung überprüfen. Sie entdeckten den Tatverdächtigen jedoch, wie er auf einem Fahrrad entlang der Schorndorfer Straße stadteinwärts unterwegs war. Die Polizistinnen forderten Verstärkung an. In der Straße Favoritengärten nahmen Beamten der Polizeihundführerstaffel den Tatverdächtigen widerstandslos vorläufig fest.

Auf dem Polizeirevier Ludwigsburg wurde er durchsucht. In seinem Rucksack fanden sie

Bargeld, Drogenverkaufs- und Konsumutensilien sowie mehrere Hundert Gramm einer Vielzahl verschiedenster Drogen, so die Polizei. Diese seien vermutlich zum Verkauf vorportioniert worden. In der Wohnung fand die Polizei außerdem weitere Drogen „in nicht geringer Menge“ sowie Verpackungsmaterial und einen Aufzuchtsschrank zum Anbau von Cannabis.

Die Ermittler stellten unter anderem mehrere Hundert Gramm Amphetamin, jeweils unter Hundert Gramm Marihuana und Kokain sowie LSD sicher, deren Zuordnung zu den mutmaßlichen Besitzern Gegenstand der laufenden Ermittlungen ist. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurde der 34-Jährige am Samstag dem Haftrichter beim Amtsgericht Waiblingen vorgeführt, der einen Haftbefehl wegen unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln erließ. (red)